

ISOR aktuell

Nr. 11/97 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ November 1997

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Sichere Renten für heute und morgen!

Unter diesem Motto fand am 7. Oktober im Haus am Köllnischen Park in Berlin eine Protestveranstaltung gegen den Entwurf des Rentenreformgesetzes – inzwischen vom Bundestag beschlossen – statt. Aufgerufen hatte dazu das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V., dessen Präsident Prof. Dr. Wolfgang Richter die Versammlung eröffnete. Nach ihm sprachen Frau Dr. Schönfelder, Förderkreis Senioren der GBM, Herr Dr. Seidel, VdK-Landesverband Berlin/Brandenburg, Frau Petra Bläss als Bundestagsabgeordnete der PDS (sie nahm als einzige der eingeladenen Bundestagsmitglieder teil), Frau Eva Bärwald, Seniorenguppe der Gewerkschaft HBV, Herr W. Fiebiger, VDGN, Frau Eva Roman, DFB, Frau Martina Michels als Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses (für die PDS), Herr Horst Parton, ISOR e.V., sowie Herr G. Julius, Ortsverbandskartell Tempelhof des DGB.

Den wesentlichen Inhalt der Beiträge kann man in Kurzform so darstellen:

Dieser Entwurf ist keine Rentenreform, sondern ein Rentenspargesetz und dient der weiteren Umverteilung von unten nach oben. Deshalb darf der Widerstand gegen die Sparpolitik der Koalition nicht nachlassen. Wenn eine Rentenreform notwendig, dann ist eine breite demokratische Mitwirkung in Vorbereitung derselben zu sichern, die jetzt völlig fehlt. Die immer noch bestehende Benachteiligung der Frauen im Rentenrecht muß umgehend beseitigt werden. Das Rentenstrafrecht ist völlig zu überwinden, die vorhandenen Überführungslücken sind zu schließen und offene Versorgungsfragen zu lösen. Die Regierungskoalition muß zu den Bundestagswahlen 1998 die Quittung auch für ihre Sozialpolitik erhalten. Die Solidarität muß weiter verstärkt werden.

In seinem Schlußwort rief Prof. Dr. Richter zur Unterstützung der Erfurter Erklärung und des Appells der Erfurter Versammlung vom 4. und 5. Oktober auf. (siehe Seite 2)

Die Versammlung verabschiedete Telegramme an die parlamentarischen Geschäftsführer der im Bundestag vertretenen Parteien (siehe nebenstehenden Auszug) ► ► ► ►

Kritisches PS: Die Beteiligung unserer Mitglieder aus Berlin und Umgebung ließ leider sehr zu wünschen übrig. Wir brauchen die anderen – die anderen brauchen uns!

ISOR-Vorsitzender Horst Parton erklärte in seinem Beitrag:

Ich bedanke mich im Namen unserer mehr als 25.000 Mitglieder für die Gelegenheit, hier auf dieser Protestveranstaltung unsere Auffassung zu den Renten-Reform-Plänen der Bonner Regierungskoalition darlegen zu können.

Wir sind der Meinung, daß die Reformierung von sozialen Sicherungssystemen unter Beachtung objektiver Gegebenheiten der Verbesserung solcher Systeme dienen sollte, daß reformieren nicht mißbräuchlich und einseitig dazu genutzt werden darf, Unzulänglichkeiten eines Systems durch neue Mängel und Unwägbarkeiten aus der Welt schaffen zu wollen und daß Fehler in der Politik nicht durch Veränderungen zugedeckt oder vernebelt werden sollen.

Mit dem Vorhaben, das Rentensystem den Anforderungen des nächsten Jahrhunderts anpassen zu müssen, wird – wenn es nach dem Willen der Regierungskoalition geschieht – ein Jahrhundertwerk stark deformiert und damit die soziale Absicherung für Menschen, die schon systembedingt auf den unteren Stufen der sozialen Leiter stehen, zum Teil weiter verschlechtert. Das ist angesichts der Tatsache, daß „in diesem unser Land“ die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, nicht hinnehmbar. Die Interessen der ISOR-Mitglieder, der alten und insbesondere der jungen,

werden von dem, was sich um die Rentenreform rankt, in hohem Maße berührt. Sie sind davon beunruhigt wie alle Bürger. Die Sorgen werden durch die mehr oder weniger offenen Versuche der Regierenden verursacht, den bereits durch Kürzung von Rentenzuschlägen für Schul- und Berufsausbildung und Abschläge für Frühberentung begonnenen Sozialabbau fortzusetzen.

Der Sozialstaat verdient vor allem auch dadurch seinen Namen, indem er seinen Bürgern nach dem Ende ihres Arbeitslebens eine Altersversorgung als Lohn für Lebensarbeitsleistung zusichert, nachdem sie als Arbeitende verpflichtet waren, dafür mit beträchtlichen Beitragszahlungen aufzukommen. Dies ist ein Generationenvertrag, den der moderne Staat seit Bismarck aus der herkömmlichen Verpflichtung der Familie in die des Staatswesens erhoben hat. Er ist ein Gütezeichen menschlicher Gemeinschaft, die diesen Namen verdient. Wer diesen Vertrag in Zweifel zieht oder gar aufkündigen will, ist auf dem Weg, Menschlichkeit ursprünglichster Art dem Profit zu opfern.

Dagegen tritt auch ISOR in die breite und wachsende Front des Widerstandes ein.

Wir wissen, daß die leere Börse nicht dadurch voller wird, indem man munter Scheine druckt. Doch der Reichtum gerade der modernen Gesellschaft besteht nicht nur aus dem Einkom-

men derjenigen, die arbeiten oder noch Arbeit haben. Die große Maschinerie mehrt den Reichtum, wie sie Arbeit spart und schließlich mehr und mehr verdrängt. Deshalb müssen sich die heute Regierenden sagen lassen: Wenn ihr schon nicht willens und fähig seid, den Menschen neue Felder bezahlter Arbeit zu erschließen, dann sorgt für die Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums auch für die Alten, Schwachen und Kranken, damit alle ein Leben in entsprechendem Wohlstand führen können. Wer dies durch Wertschöpfungsabgabe oder auch nur durch Neuregelung des die Beitragseinnahmen ergänzenden Bundeszuschusses lösen will, hat unsere Unterstützung.

Dies ist der Weg, auf dem durch gründliche Diskussion und nicht durch hastige, parteiegoistische Notlösungen im Sinne der bedingungslosen Profitsicherung eine Lösung gesucht und gefunden werden muß.

Bestandteil einer Rentenreform, die das Sozialstaatversprechen des Grundgesetzes auch für die Zukunft einlöst, wäre u.a. die Anerkennung der Geburt und Erziehung von Kindern als Lebensarbeitsleistung für die Gesellschaft, die Anerkennung beruflich notwendiger Bildung und Weiterbildung als Bestandteil der Lebensarbeitsleistung, die angemessene solidarische Absicherung derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen den Anforderungen beruflicher Arbeit unter den konkreten Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht mehr gewachsen sind, und

Telegramm ++ Telegramm ++ Telegramm

„Angesichts der angekündigten überhasteten Verabschiedung des Rentenreformgesetzes durch eine Kanzlermehrheit fordern wir Sie nachdrücklich auf, dieses für jung und alt, Frau und Mann einschneidende Gesetz nicht in dieser Form zu beschließen und notwendige Reformen sorgfältig und demokratisch im Dialog mit den Betroffenen vorzubereiten. Wir wenden uns entschieden gegen den auch durch dieses Gesetz forcierten und immer weiter um sich greifenden Sozialabbau.“

Telegramm ++ Telegramm ++ Telegramm

die solidarische Absicherung des Lebensunterhalts derjenigen, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nie einer beruflichen Tätigkeit nachkommen können. Dazu gehören unseres Erachtens auch der Verzicht auf die Verschlechterung der Verhältnisse von Lebensarbeitseinkommen und Altersruhegeld und eine Mindestsicherung als Schutz vor echter Altersarmut. Dazu gehört auch die Einbeziehung aller als Beitragszahler in das Solidarsystem, die nicht in vergleichbarer Weise für berufsständisch organisierte Sicherungssysteme Beiträge leisten. Vor dem Hintergrund solcher Maßstäbe kann und muß über alle Parteidgrenzen hinaus vieles im einzelnen diskutiert und auch neu geordnet werden, damit die Renten tatsächlich gerecht und sicher bleiben. Dazu gehört auch die konsequente Beseitigung allen Rentenstrafrechts.

Am 4. und 5. Oktober trafen sich Unterzeichner der Erfurter Erklärung wiederum in Erfurt und verabschiedeten den nachfolgenden Appell:

Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten! Mut für eine andere Politik!

Am 9. Januar 1997 haben sich von Erfurt aus GewerkschafterInnen, Intellektuelle, Theologinnen und Theologen und PolitikerInnen an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gewandt. Aus Verantwortung für die soziale Demokratie kritisierten sie die regierende Politik in unserem formal vereinten Land, forderten eine gerechte Verteilung der Einkommen und Güter, eine andere Politik, eine andere Regierung und eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will.

Zehntausende haben sich seither mit ihrer Unterschrift zum Anliegen der Erfurter Erklärung bekannt. Hunderte von Basisinitiativen vertreten die erhobenen Forderungen in Regionen, Kommunen und Städten. Täglich melden sich Menschen, die aus der Zuschauerdemokratie heraustreten wollen. Dies bestärkt uns in unserer Haltung, noch lauter als bisher zu sagen:

Wir brauchen und wir wollen eine andere Politik! Deshalb wollen wir eine andere Regierung!

Unsere Geduld ist am Ende. Wir nehmen die regierende Politik nicht länger hin. Sie hat nichts hervorgebracht als gnadenlose Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und Hoffnungslosigkeit. Millionen Arbeitslose und die Demontage der Sozialversicherungssysteme sind die Bilanz nach 15 Jahren neoliberaler Politik der Kohl-Regierung. Gewonnen haben nur die Einfluß-Reichen. Diese Politik ist nicht in der Lage, auch nur ein einziges Problem wirklich zu lösen.

Wir brauchen eine grundlegend andere Politik. Also brauchen wir eine andere Regierung. Das geschieht nicht von selbst. Ein Kabinett ohne Kohl ist dafür noch keine Garantie. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir wollen unsere Interessen nicht länger an die Parteien delegieren.

Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Eine Bewegung, die deutlich macht: Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sind keine Utopien. Aber sie müssen gewollt und erkämpft werden, und zwar gegen die regierende Politik, die uns vorgaukelt, es gäbe keine Alternativen, weil überall der „Sachzwang“ herrsche.

Mut für eine andere Politik, das heißt:

● Neue und gerechte Verteilung der Arbeit

Neue Arbeit muß geschaffen werden: Arbeit, die auf gesellschaftlichem Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Wir brauchen einen neuen Typ der Vollbeschäftigung für Frauen und Männer unabhängig von ihrer Nationalität. Dafür brauchen wir umfassende Arbeitszeitverkürzungen bei angemessenem Lohnausgleich. Wir wissen, dieser Wandel ist selbst ohne Wachstum möglich, man muß ihn nur wollen.

● Soziale und ökologische Steuerreform und Bekämpfung von Armut

Wir fordern eine Steuerpolitik, die sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit realisiert. Dazu bedarf es einer neuen Politik, die auf europäischer und gleichzeitig auf globaler Ebene gegen Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steueraufschub der Regierungen kämpft. Das Prinzip der Solidarität im Sozialsystem muß gestärkt und eine bedarfsoorientierte soziale Sicherung eingeführt werden.

● Demokratie und Bildung in einer zivilen Gesellschaft der Völker

Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Toleranz und Vielfalt, in der Demokratie gleichberechtigt gelebt werden kann und die Würde des Menschen Wirklichkeit wird. Dies ist nur zu realisieren durch ein soziales Europa, das die Teilhabe an Demokratie auch über gleiche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle sichert.

● Sozialökologische und friedenspolitische Steuerung der Weltwirtschaft neu gewinnen

Die Globalisierung der Finanzmärkte, Konzerne und Medien hat die nationalstaatlichen Instrumente der Zins-, Währungs- und Haushaltspolitik untergraben. Gleichzeitig wird aus der Bundeswehr eine offensive Truppe zum Schutz wirtschaftlicher Interessen gemacht. Wir brauchen eine Politik, die in den internationalen Institutionen sozialökologische und friedenspolitische Rahmenbedingungen erkämpft.

Mischen wir uns ein! Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Mit allen, die sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“

Grundlegendes muß sich verändern. Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Beginnen wir zu handeln. Bündeln wir unsere Kräfte, um uns im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus Gehör zu verschaffen. Fordern wir von den Oppositionsparteien Alternativen zur jetzigen Regierungspolitik ein.

Tragen wir unsere Forderungen in die Öffentlichkeit. Gewinnen wir eine Mehrheit für eine neue Politik. Das ist der richtige Weg.

Für 1998 rufen wir zu vielen bundesweiten Aktionen auf und schlagen im Juni eine zentrale Demonstration in Bonn vor: „Bis hierher und nicht weiter! Mut für eine neue Politik.“

Um allen, die sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich in die Vorbereitung dieser Aktionen einzubringen, laden wir im Februar 1998 zu einem bundesweiten „Ratschlag“ nach Bochum ein.

Beratungen vor Ort

Anstelle Beiratssitzung in Berlin berieten im September und Oktober Vorstandsmitglieder mit Beiratsmitgliedern und TIG-Vorsitzenden Mecklenburg-Vorpommerns in Neustrelitz, Sachsen in Dresden, Thüringens in Erfurt, Sachsen-Anhalts in Halle, Brandenburgs und Berlins jeweils in Berlin über die weitere Umsetzung der Ideen und Beschlüsse der Vertreterkonferenz vom 14./15. Juni 1997 sowie aktuelle Fragen und Probleme unserer Initiativgemeinschaft. Im Vordergrund stand in allen Beratungen die weitere Stärkung unseres Vereins. Diskussionsgrundlage waren u. a. der Entwurf einer Konzeption des Vorstandes zur zahlenmäßigen Stärkung unserer Organisation. Fazit:

1. Die Teilnahme von TIG-Vorsitzenden brachte viele Anregungen.
2. ISOR ist weiterhin zahlenmäßig am Wachsen.
3. Die Proteste gegen das Rentenstrafrecht gehen weiter.
4. Die Solidarität mit den mit 0,7 und 1,0 EP Bestraften ist ungebrochen.
5. Das Vereinsleben hat neue Impulse bekommen, wenn auch in den TIG noch unterschiedlich entwickelt.
6. Die Bereitschaft zur Einfölung der Spenden von Mitgliedern ist nach Erhöhung der Rente angelaufen. Nur ganz vereinzelt springen nach dem Teilsieg „Mitfahrer“ ab.
7. ISOR steht fest zusammen und entwickelt sich vielerorts zum Hort der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung.

Die vielen Anregungen werden durch den Vorstand auch für seine Arbeit ausgewertet und umgesetzt.

Thüringen

Beiratsmitglieder und einige TIG-Vorsitzende trafen sich mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Peter Fricker und dem Leiter der AG Öffentlichkeitsarbeit (im folgenden AG Ö) Erwin Bach zu lebhafter und konstruktiver Diskussion.

Im Vordergrund standen dabei neben der Stärkung unserer Gemeinschaft die Organisierung des weiteren Widerstandes gegen noch bestehendes Rentenstrafrecht. Aus den diskutierten Inhalten nur drei Beispiele:

Freund Boden von der TIG Jena wies darauf hin, daß eine gewisse Lethargie bei einer Reihe von Mitgliedern auftritt. Zu deren Überwindung hält er es für notwendig, neue Inhalte in der Tätigkeit der TIG und des gesamten Vereins wirksam zu machen.

Freund Steinle, Vorsitzender der TIG Erfurt, der die Beratung gut vorbereitet hatte, informierte, daß die durchgeführten Maßnahmen betreffs der Beantragung von Entgeltbescheiden beim Bundesverwaltungsamt zu 30 Neueintritten, vor allem Jüngerer, geführt haben.

Freund Gerhard Neupert, Vorsitzender der TIG Suhl, von deren 370 Mitgliedern nur etwa die Hälfte Rentner sind, betonte, daß die übergebenen Entwürfe von Protestschreiben und die Ausführungen von Erwin Bach über Praktiken europäischer Einrichtungen neue Kraft zur Fortführung und Verstärkung der Protestmaßnahmen gegen das noch verbliebene Rentenstrafrecht gegeben haben.

Weitere Diskussionsthemen waren u.a. die Realisierung der Bereitschaftserklärungen, Bezahlung der Anwaltsrechnungen, Finanzierung von Veranstaltungen, Gestaltung des Vereinslebens und Einzelfragen.

Nach 2 1/2 Stunden optimistischer Diskussion und einem gemeinsamen Mittagessen (selbstverständlich auf eigene Kosten) trennten wir uns, jeder moralisch gestärkt und um Erfahrungen reicher.

Peter Fricker

Sachsen-Anhalt

An der Beratung nahmen die Vorstandsmitglieder Horst Parton, Bernhard Geier, Gerhard Dylla und der Leiter der AG Ö, Erwin Bach, teil.



(Aus: „Denkzettel“ der GEW Marzahn)

In der Diskussion informierten die Teilnehmer aus den TIG über die organisatorische Arbeit, Beispiele der Solidarität mit ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS sowie die Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen im Territorium.

Übereinstimmend wurde betont, daß die Gewinnung neuer Mitglieder aus rentenfernen Jahrgängen besondere Bedeutung hat. Interessant ist u.a. die TIG Wittenberg, deren Mitglieder zu 36 Prozent unter 50 Jahre alt sind

und von deren 10 Neueintritten neun ehemalige Angehörige der VP sind.

Im kommenden Zeitraum sollen folgende Aufgaben in den Mittelpunkt gestellt werden:

- Aktivierung schriftlicher Proteste zu den fortwährenden politisch motivierten Rentenkürzungen an den Petitionsausschuß des Bundestages und des Bundesrates sowie die Ausschüsse in den Ländern,
- Einleitung von Beschwerden beim UNO-Zentrum für Menschenrechte in Genf,
- Teilnahme an Wahlveranstaltungen und Konfrontation der Kandidaten mit dem fortwährend praktizierten Rentenstrafrecht,
- weitere Stabilisierung der Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen, welche ebenfalls gegen das Rentenrecht kämpfen,
- Gewinnung neuer Mitglieder und Gründung von TIG, wobei die TIG Wittenberg die Erfahrungen der Erfurter im Herangehen besonders an jüngere ehemalige MfS-Angehörige in ihre Arbeit mit einbezieht.
- Würdigung der mühsamen Arbeit der Kassierer/Betreuer als ein wesentliches Element der sozialen Vereinsarbeit. Hans Luleich

Brandenburg

An der Beratung mit den Beiratsmitgliedern und neun TIG-Vorsitzenden des Landes Brandenburg nahmen die Vorstandsmitglieder Horst Parton, Peter Fricker und Bernhard Geier, der Geschäftsführer Bernhard Elsner und Erwin Bach (AG Ö) teil.

Auch in den TIG des Landes Brandenburg herrscht Optimismus hinsichtlich der weiteren Perspektive von ISOR vor. Das kommt in vielen Anstrengungen zur Erhaltung und Erweiterung des Solidaritätsgedankens zum Ausdruck. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß die Erhöhung des Mitgliederbestandes große Anstrengungen erfordert.

Folgende Schwierigkeiten werden gesehen:

Die lange Zeit (sieben Jahre) der Rentenkappung führt zu Resignation, die Lebensbedingungen werden immer schwieriger. Es ergibt sich folgende Konstellation: Mit Beginn der Entwicklung von ISOR sind viele ehemalige MfS-Angehörige Kassierer/Betreuer geworden. Sie betreuen seit Jahren viele Mitglieder, bei denen mit der letzten Gesetzesänderung eine Verbesserung der Lebensumstände eingetreten ist. Ihre eigene Rente aber wird auch weiterhin gekappt, so daß sie sich nach wie vor in unveränderter Notlage befinden.

Zum anderen ist vor allem bei Jüngerer, die die „magische Grenze“ 60 Jahre noch nicht überschritten haben und die zum großen Teil noch im Berufsleben stehen, zu verzeichnen, daß sie

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

sich aus Angst um ihren Arbeitsplatz vor öffentlichem Engagement scheuen.

Einen großen Raum nahm in der Diskussion das Erfordernis ein, weitere Mitglieder zu finden, die sich durch persönliche Briefe an Institutionen des Inlands und durch Gemeinschaftsbrieve an solche des Auslands wenden. Es wurde hervorgehoben, daß dies zu einer Massenaktion geführt werden müsse.

An der Basis, so brachten TIG-Vorsitzende zum Ausdruck, ist eine gute Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden möglich und wird auch praktiziert.

In vielen Orten, wo TIG bestehen, entwickelt sich ein Vereinsleben als eine nicht mehr wegzudenkende Größe. Es wurde die Bitte ausgesprochen, dieser Seite der Vereinsarbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die TIG mehr anzuleiten.

Bernhard Elsner

Sachsen

Im Mittelpunkt der Aussprache der Beiratsmitglieder und Vertreter der größeren TIG Sachsen mit dem ISOR-Vorsitzenden Horst Parton stand der Entwurf einer Konzeption des Vorstandes zur Stärkung unserer Organisation. Sowohl die Wege zur Gewinnung als auch die Anforderungen an die Arbeit mit neuen Mitgliedern waren Gegenstand der Diskussion. Besonders von den TIG mit gutem Zuwachs, wie Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen, wurden die praktischen Erfahrungen dargelegt. Die Gewinnung von 63 jüngeren Mitgliedern im letzten Jahr in der TIG Chemnitz hat nicht nur bewirkt, daß 54 Prozent der Mitglieder noch nicht im Rentenalter sind, es stellt auch neue Anforderungen an die Arbeit mit diesen Freunden.

Chemnitz hat deshalb auch die Erfahrungen von Leipzig und Dresden genutzt und teilt die TIG in 4 Untergruppen mit eigenen Vorständen. Dazu konnten 22 neue Funktionäre, darunter einige jüngere, gewonnen werden. Auch für die eigenständige Arbeit der 175 Frauen – viele Witwen und Alleinstehende – wurden erste Vorstellungen erarbeitet.

Die Aussprache zeigte, daß sich die ISOR-Arbeit in Großstädten anders gestaltet als in kleineren Kreisen. So hat sich in den Gruppen unter 100 Mitgliedern relativ schnell eine vielgestaltige Vereinsarbeit entwickelt. Durch gemeinsame Ausfahrten, Wanderungen, Familienfeste, Skatabende und Kulturveranstaltungen werden die Kollektive gefestigt, und es entstehen auch neue Voraussetzungen zur Gewinnung weiterer Ehemaliger.

Kontrovers wurde der Gedanke diskutiert, Betreuungsgruppen zu bilden. Ein Kassierer verwahrte sich gegen diese Bezeichnung, denn die Kassierung sei nur eine zweitrangige Auf-

gabe, bei aller Wichtigkeit. Seiner Schilderung über die vielgestaltigen Betreuungsaufgaben in der Gruppe wurde einhellig beigeplätscht. Nur durch die fleißige Arbeit unserer Gruppenbetreuer können neue Mitglieder an den Verein gebunden und der Austritt von Mitgliedern verhindert werden.

Es war auch Anliegen der Aussprache, eine engere Zusammenarbeit mit Partnerverbänden (BRH, D8wV, GBM, GdP und andere) zu bewirken und durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, wie in Dresden zum Deutschen Seniorentag und in Chemnitz im Rahmen der Seniorenwoche, die Verbandsarbeit weiter zu aktivieren.

Vielgestaltig zeigte sich die Nützlichkeit des Erfahrungsaustausches, und Horst Parton konnte seinerseits wertvolle Anregungen vermitteln. Das dürfte der Zielstellung, weitere Schritte zur Stärkung von ISOR zu beschreiten, Rechnung tragen.

Werner Feigel

Bitte beachten! Bitte beachten!

Wegen geänderter Verfahrensweise der UNO bei Beschwerden an das UNO-Zentrum für Menschenrechte/Genf über Menschenrechtsverletzungen im vereinten Deutschland ist künftig kein Bezug mehr zu nehmen auf die Beschwerde der GBM.

Bitte beachten! Bitte beachten!**Mecklenburg-Vorpommern**

Mit den Beiratsmitgliedern und einigen TIG-Vorsitzenden berieten die Vorstandsmitglieder Bernhard Geier, Horst Hartrampf und Dietrich Richter. Im Mittelpunkt stand die Beurteilung der Arbeitsergebnisse nach der Vertreterberatung im Juni 1997, die Herausarbeitung von Schwerpunkten zur Fortsetzung der Tätigkeit in den TIG sowie der Erfahrungsaustausch zur Gestaltung eines Gemeinschaftslebens.

In den TIG des Landes hat eine aktive und gründliche Auswertung der Dokumente der Vertreterberatung sowie der nachfolgenden ISOR-Informationen begonnen. Dabei wurde in der Mehrzahl der TIG ein Soll-Ist-Vergleich vorgenommen und die weitere politische und organisatorische Festigung zur Fortsetzung erfolgreichen Handelns festgelegt.

Dazu sind die Aktivitäten vieler Mitglieder notwendig. Diese müssen sich in der Vervielfachung des politischen Protestes im Kampf für Rentengerechtigkeit gegen das Rentenstrafrecht widerspiegeln. Dazu zählt auch die Erfüllung der Bereitschaftserklärungen bzw. die Bezahlung der Rechnungen. Die Arbeit zur Gewinnung neuer, vor allem jüngerer Mitglieder, sollte mit zur inhaltlichen und Organisationsarbeit eines jeden Vorstandes gehören.

Hervorgehoben wurde weiter die Verbesserung

der individuellen Arbeit mit den Mitgliedern, die Stärkung der öffentlichen Akzeptanz von ISOR im jeweiligen Territorium z. B. durch verbesserte und wirksame Öffentlichkeitsarbeit, das Zusammenwirken mit anderen Betroffenenvereinen sowie die Gestaltung eines unserer Gemeinschaft entsprechenden Lebens in der Vielfalt aller Formen und Methoden zur Stärkung des Zusammenhalts und der Solidarität. In diesem Sinne ist es erforderlich, so wurde im Verlauf der Beratung unterstrichen, eine breite Protestbewegung als Herbstoffensive unserer Gemeinschaft in Erwartung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sowie des begonnenen Wahlkampfes zur Wahl des Bundestages 1998 in den TIG bis zur endgültigen Beendigung des Rentenstrafrechts zu gestalten.

Horst Hartrampf

Berlin

Schwerpunkte der Beratung der Berliner Beiratsmitglieder mit Mitgliedern des Vorstandes und dem Geschäftsführer waren

- die weitere Stärkung und Festigung von ISOR in allen TIG von Berlin,
- die Unterstützung aller Mitglieder, die sich beschwerdeführend an den Petitionsausschuß des Bundestages, an die UNO-Menschenrechtskommission in Genf und an andere Institutionen sowie Persönlichkeiten wenden wollen.

Aus einer lebhaften optimistischen und mit vielen Vorschlägen angereicherten Aussprache, an der sich alle Freunde beteiligten, sei auf folgende Schlußfolgerungen besonders hingewiesen:

- Mit Hilfe der Beiratsmitglieder Gerhard Gudopp, Prof. Dr. Horst Bischoff, Rudolf Winterfeld und Manfred Leistner sowie der Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Werner Wunderlich, Gerhard Dylla und Klaus Schroeter, die an der Beratung teilnahmen, soll die Arbeit der Berliner TIG weiter aktiviert werden.
- Durch vielfältige persönliche Gespräche sollen weitere Mitglieder für unseren Verein in Berlin gewonnen werden.
- Ein differenziertes und den jeweiligen Bedürfnissen der Mitglieder entsprechendes Vereinsleben entwickeln bzw. fördern.
- Der allseitigen Öffentlichkeitsarbeit in jedem Bezirk sowie der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/Vereinen noch mehr Aufmerksamkeit widmen.
- Die Kleinarbeit und die Einsatzbereitschaft aller Betreuer/Kassierer in allen TIG würdigen. Es wurde die Einberufung einer zentralen Tagung mit Betreuern vorgeschlagen.

Besonders hervorgehoben wird die positive Rolle von „ISOR aktuell“. Es wurde die Notwendigkeit betont, zu ihrer schnellstmöglichen Verbreitung und Verteilung zu sorgen, aber auch über eine Erweiterung des Inhaltes nachzudenken.

Gerhard Dylla

Bundestagsdebatte über Neuregelung zusätzlicher Versorgung

Die Überführung aller Ansprüche und Anwartschaften allein in die Rentenversicherung war nach dem Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Einigungsver-

von Prof. Dr. W. Edelmann

trag zwischen der BRD und der DDR beschlossene Sache. Damit entfielen grundsätzlich die Ansprüche auf von der DDR zugesagte und über die „normale“ Rente hinausgehende zusätzliche Versorgung. Was in der BRD üblich ist, nämlich Pensionen für Beamte und Soldaten, Zusatzrenten für Angestellte im öffentlichen Dienst, Betriebsrenten, besondere Versorgungsansprüche für Hochschullehrer, Ärzte usw., sollte für Bürger der DDR, die vergleichbar tätig gewesen sind, nicht mehr gelten.

Mit dem AAÜG kam es noch schlimmer. Durch die bekannten Kürzungen wurde tief in den Anspruch auf eine „normale“ Rente eingegriffen. Das war und ist Rentenstrafrecht. Die Mitglieder von ISOR e.V. haben ebenso wie die Mitglieder zahlreicher anderer Vereine dagegen entschlossen den Kampf aufgenommen. Sie führen ihn mit unverändertem Vorrang fort, solange die ehemaligen Angehörigen des MfS und hochrangige Angehörige anderer Organe und von Zusatzversorgungssystemen dem Rentenstrafrecht ausgesetzt bleiben. Weiter wird darum gekämpft, daß auch das für die Vergangenheit verbliebene Rentenstrafrecht beseitigt wird.

Die jetzt in immer größerer Zahl neu berechneten Renten für ehemalige Angehörige der NVA, der DVP, der Zollverwaltung usw. zeigen, daß die Überleitung der Ansprüche und Anwartschaften nur in die Rentenversicherung zu „normalen“ Renten führt, mit denen man im wesentlichen den erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten standhalten kann. Wer realistisch auf die Verhältnisse blickt, die mit der Herstellung der staatlichen Einheit entstanden sind, erkennt das an. Das tun die Mitglieder von ISOR e.V. praktisch ausnahmslos.

Trotzdem bleibt Ungleichheit in den Lebensverhältnissen in West und Ost bestehen, wenn man die Rente mit den Versorgungen der Beamten usw. vergleicht. Für eine Übergangszeit konnte dies hingenommen werden. Diese Zeit ist abgelaufen.

Die Ungleichheit nimmt vor allem auch dadurch zu, daß sei es durch Verbeamtung z.B. von Polizisten, sei es durch die Neuregelung zusätzlicher Versorgungsansprüche für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern, den Jüngeren zumindest der Neuaufbau zusätzlicher Versorgungsansprüche ermöglicht

wird. Wer bereits Rente bezieht oder demnächst beziehen wird, kann solche Vorsorge nicht mehr treffen. Es ist auch nicht länger einzusehen, weshalb z.B. einem Polizisten, der jetzt Beamter ist, für seinen Dienst in der DDR auf Dauer ein zusätzlicher Versorgungsanspruch verwehrt bleiben soll.

So wie die PDS entschieden gegen das Rentenstrafrecht aufgetreten ist und weiterhin auftritt, hat sie nun im Bundestag auch die Initiative für die Neuregelung zusätzlicher Versorgungen ergriffen. Sie tritt dabei für ehemals Zusatz- und Sonderversorgte ebenso ein wie für Ansprüche von Eisenbahnhern, Mitarbeitern der Deutschen Post und des Gesundheitswesens, wie auch für die der Balletttänzerinnen und -tänzer, die

glaubt habe, die Änderung des AAÜG im Herbst 1996 werde zu „einer großen Befriedung führen“. In Bonn erwartet man also weiterhin Widerstand und Kampf für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost wie in West. Ein Grund mehr, entschlossen weiterzumachen!

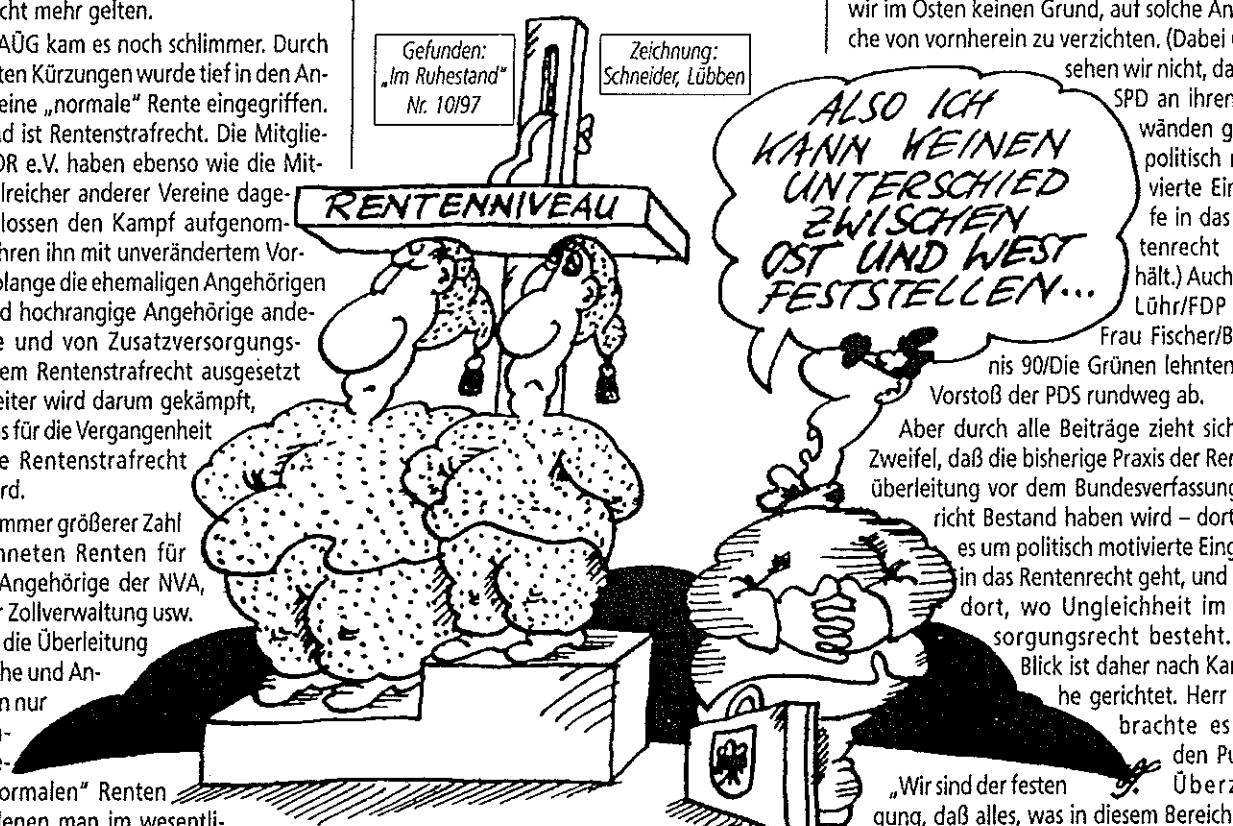
Frau Mascher (SPD) hält, wie andere auch, zusätzliche Versorgungsansprüche für unbezahlbar. Es ist richtig, daß es jetzt und in nächster Zukunft noch wichtiger ist, die schlimmen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit in offener und verdeckter Form auf künftige Rentenansprüche abzuwenden. Wir sagen aber, solange dazu nicht auch diejenigen zur Kasse gebeten werden, die bereits zusätzliche Versorgungsansprüche haben oder beanspruchen können, haben wir im Osten keinen Grund, auf solche Ansprüche von vornherein zu verzichten. (Dabei übersehen wir nicht, daß die SPD an ihren Einwänden gegen politisch motivierte Eingriffe in das Rentenrecht festhält.) Auch Herr Lühr/FDP und Frau Fischer/Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Vorstoß der PDS rundweg ab.

Aber durch alle Beiträge zieht sich der Zweifel, daß die bisherige Praxis der Rentenüberleitung vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird – dort, wo es um politisch motivierte Eingriffe in das Rentenrecht geht, und auch dort, wo Ungleichheit im Versorgungsrecht besteht. Der Blick ist daher nach Karlsruhe gerichtet. Herr Lühr brachte es auf den Punkt:

„Wir sind der festen Überzeugung, daß alles, was in diesem Bereich (der Überführung von Renten- und Versorgungsansprüchen) bisher geregelt wurde, verfassungskonform ist ... Ob nun noch weitere Regelungen zu treffen sind, wird von den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abhängen. Dies gilt auch für die offenen Fragen, die Sie (die PDS) mit ihren Anträgen aufgeworfen haben.“

Die Herrschaften schießen weiterhin nach Karlsruhe, wenn es um für sie politisch unangenehme Entscheidungen geht. Also müssen wir den Weg dorthin auch weiterhin beharrlich gehen. Dazu gehören auch die jetzt begonnenen Verfahren wegen des Anspruchs auf Höherversicherungsrente. Mögen genügend Mitglieder die Kraft aufbringen, die Last, auch die finanzielle, dieser Verfahren gemeinsam zu tragen.

Fortsetzung auf Seite 6

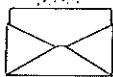


ihren Beruf üblicherweise weit vor Vollendung des 65. Lebensjahres aufgeben müssen. Niemand hat Illusionen, daß diese Probleme von heute auf morgen gelöst werden. Aber es ist Zeit, daran zu arbeiten. Die Debatte im Bundestag am 25. September hat dies bestätigt. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Vorschläge der PDS abgelehnt. Sie wurden erst einmal in die Ausschüsse verwiesen. Aber die Debatte zeigt auch, daß es den Herrschaften in Bonn nicht wohl ist in ihrer Haut.

Sogar Herr Grund (CDU) räumt ein, solange diese Unterschiede da seien, werde man sich damit zu beschäftigen haben. Weshalb es aber solche Unterschiede zwischen dem Hochschulprofessor-Ost und -West „einfach geben muß“, hat er nicht erklärt. Und er weiß, daß er dies auch nicht kann. Er weiß dies ebenso, wie er eingeräumt hat, daß man nicht ge-

Fortsetzung von Seite 5

Die Debatte bestätigt erneut, daß Erfolge gegen das Rentenstrafrecht ebenso wie zur Neuregelung zusätzlicher Versorgungsansprüche nur im ausdauernden und realistisch geführten Ringen gegen den Widerstand der Regierenden erzielt werden können. In Fragen wie der Neuregelung zusätzlicher Versorgungen muß sogar, wie in den ersten Jahren des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht, zunächst erst einmal auch um das Verständnis der Opposition gerungen werden. Dazu möge jeder in Briefen und Petitionen seine eigene Stimme erheben. Ebenso ist es weiter dringend notwendig, dies auch gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht zu tun.

**Aus der Postmappe**

Als Hauptmann der VP a. D. habe ich nun meinen endgültigen Rentenbescheid erhalten. Mein Protest richtet sich aber trotzdem weiter gegen die Benachteiligung der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS und andere sowie gegen den uns alle treffenden Rentenraub bis 31. 12. 1996. Unser Rechtsanwaltsbüro hat meinen Auftrag. Alle ehemaligen Angehörigen der VP haben deshalb allen Grund, weiterhin gegen jede Benachteiligung zu kämpfen und sich nicht zurückzuziehen aus der ISOR e. V.

Aus diesem Grund sehe ich auch ein Stückchen Solidarität darin, daß ich meinen Urlaub bereits zweimal in den von „ISOR aktuell“ angebotenen Ferienwohnungen von Mitgliedern anderer TIG verbracht. So in Bad Schandau 1996 und jetzt im September 1997 in Friedrichroda. Wir wurden hervorragend betreut; deshalb auf diesem Wege nochmals vielen Dank!

Günther Lidke, Bitterfeld/Wolfen

★

Mit Aufhebung des Rentenstrafrechts zum 1. 1. 1997 für einen Teil unserer Mitglieder ist ein Teilerfolg errungen worden. So wurde auch meine Rente neu berechnet.

Dem Vorstand der ISOR, den Mitgliedern, Organisationen, ebenso den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Aufhebung des Rentenstrafrechts eingesetzt haben, möchte ich meinen Dank sagen.

Dem Aufruf der Vertreterversammlung vom 14. und 15. Juni 1997, „Solidarität jetzt erst recht!“, möchte ich mich anschließen und werde weiterhin Mitglied bleiben und Solidarität im Rahmen meiner Möglichkeiten üben.

Beim Polizeipräsidenten von Berlin habe ich einen Widerspruch gegen die nicht berücksichtigte Zeit von 1992 - 31. 12. 1996 eingeleget.

Mein Wunsch und meine Forderung ist, daß auch die letzten Strafrechtsmaßnahmen gegen ehemalige Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR schnellstens von der

Regierung der Bundesrepublik aufgehoben werden.

Alle Mitglieder der ISOR möchte ich nach Neuberechnung ihrer Rente bitten, ihre Verpflichtung zu erfüllen.

Hans Braun, Berlin-Friedrichshain

Solidarität mit Inhaftierten

Baumgarten, Klaus-Dieter, geb. 1.3.1931

JVA Düppelstr.518 Nr. 2, 14163 Berlin

Gaida, Erich, geb. 23.6.1928

U-Haft Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Keßler, Heinz, geb. 26.1.1920

JVA Kiefheider Weg 68, 13503 Berlin

Leonhard, Karl, geb. 14.4.1928

JVA Kiefheider Weg 68, 13503 Berlin

Lorenz, Gerhard, geb. 24.4.1929

JVA Kiefheider Weg 68, 13503 Berlin

Teichmann, Dieter, geb. 19.10.1919

JVA Brandenburg/Havel,

A: Saefkow-Allee 22,

14772 Brandenburg/Havel

Thieme, Heinz-Otto, geb. 17.2.1926

JVA Am Sandberg 11, 06295 Volkstadt

Aus dem Vereinsleben

Die TIG Chemnitz organisierte maßgeblich das Auftreten der Rentner-Initiative im Rahmen der 6. Chemnitzer Informations- und Begegnungswoche für Senioren und Vorruestandler am 23. September im Rathaus der Stadt. Aufgrund der guten Zusammenarbeit des TIG-Vorsitzenden Werner Feigel mit dem Sozialamt in Chemnitz wurde er gebeten, an der Gestaltung der monatlichen Seniorenpresse in der „Freien Presse“ mitzuwirken. Die Zeitung veröffentlichte ein Interview mit ihm.

★

Einen Herbstausflug organisierte Anfang Oktober die TIG Berlin-Weißensee. Nach einem Spaziergang durch den Park der Brandenburgischen Waldklinik in Wandlitz tauschten die Teilnehmer bei einer Kaffeetaufe in der Gaststätte „Waldkater“ Erinnerungen aus und erörterten aktuelle Aufgaben. „Der Ausflug war eine gelungene Bereicherung unseres Vereinslebens, besonders für unsere älteren Mitglieder war es eine erfreuliche Abwechslung“ schreibt uns Günther Kelb.

★

Über ähnliche gemeinsame Erlebnisse berichten auch weitere TIG. So beteiligten sich Mitglieder der TIG Eilenburg an einer Wochenendfahrt ins tschechische Isergebirge. Neben Ausflügen in die Bergwelt bildete ein Schlachtfest mit böhmischer Blasmusik einen Höhepunkt.

Eine gemeinsame Busfahrt zum Fichtelberg organisierte die TIG Zwickau/Werdau im Oktober. Auch die TIG Hildburghausen berichtete über einen durchgeführten Wandertag.

Zwei Mitglieder der TIG Schmalkalden/Bad Salzungen nahmen am 3. und 4. Oktober am Kongreß zur Erfurter Erklärung teil.

★

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der TIG Wolmirstedt stand ein Vortrag der PDS-Landtagsabgeordneten Regina Blenkle, in dem diese u. a. zur Zusammenarbeit mit den Fraktionen, zur Wirksamkeit in den Betrieben, zu Problemen der Arbeitslosigkeit und der Lehrstellenbeschaffung sowie zur Rolle der Gewerkschaften sprach. In der anschließenden lebhaften Diskussion beantwortete die Rednerin Fragen von Versammlungsteilnehmern, so z. B. zum kommenden Wahlkampf.

TIG in Kürze

Aus vielen TIG wird über verstärkte Aktivitäten zur Fortführung der Proteste gegen das Rentenstrafrecht informiert.

So führt die TIG Geithain in Auswertung der Beratung in Dresden mit Mitgliedern und Sympathisanten individuelle Gespräche, um sie auf die Notwendigkeit der Weiterführung des Protestes gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht aufmerksam zu machen. Die Initiative hat bereits durch individuelle Protestbriefe an Institutionen und Einzelpersonlichkeiten Resonanz gefunden.

Als Vertreter des Vorstandes der TIG Klingenthal/Auerbach/Reichenbach besuchte Harald Schindler die Bürgersprechstunde des MdB, Herrn Dehnel (CDU-Obmann im Petitionsausschuß), um gegen das Weiterbestehen von Elementen des Rentenstrafrechts und den ergebnislosen Abschluß des Petitionsverfahrens zu protestieren. Der Abgeordnete negierte jedoch entsprechend der allgemein bekannten Haltung der CDU alle Argumente.

Mitglieder der TIG Hettstedt sammelten zur Unterstützung des Protestes gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht 373 Unterschriften von Sympathisanten und übersandten sie dem Petitionsausschuß des Bundestages.

Mitglieder der TIG Schmalkalden/Bad-Salzungen sandten ca. 120 Protestbriefe an Bundeskanzler Kohl, Kopien erhielten Ausschüsse des Bundestages und des Landtages Thüringen sowie Politiker des Bundes und des Landes Thüringen.

Die TIG Wolgast unterstützt ihre Mitglieder bei der Abfassung ihrer Briefe an den Petitionsausschuß des Bundestages. Ferner greifen die TIG-Mitglieder auch erhaltene Antwortbriefe auf frühere Proteste auf und setzen sich mit deren Inhalten politisch auseinander, besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf.

Fortsetzung von Seite 6

Der Vorstand der TIG hat in einem erneuten Schreiben an den Petitionsausschuß Stellung genommen zur „abschließenden Bearbeitung der Petition“ wegen der Rentenkürzungen ehemaliger MfS/AfNS-Angehöriger. Der TIG-Vorstand wandte sich erneut an die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, FDP, B90/DIE GRÜNEN im Bundestag sowie an den CDU-Vorsitzenden und den Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns. Diese haben einen Brief der TIG vom 30.5.97 bisher nicht beantwortet. Den genannten wurde verdeutlicht, wenn sie jetzt keine Antwort geben, würde die Antwort bei den kommenden Wahlveranstaltungen von den Abgeordneten bzw. Kandidaten öffentlich eingefordert werden. Der Vorstand der TIG will seine Öffentlichkeitsarbeit, die aktive Mitarbeit am Runden Tisch der sozialen Verbände in Wolgast sowie die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden vertiefen.

Die AG Recht informiert

Immer wieder werden von einzelnen Mitgliedern alte, längst überholte Widerspruchsmuster verwendet, in denen der Vermerk fehlt, daß das Widerspruchsverfahren bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ruhen soll. Das führt zu Widerspruchsbesecheiden, die eine nicht erforderliche Klage vor dem Sozialgericht nach sich ziehen, in der dann das Ruhen des Verfahrens beantragt wird.

Wer beabsichtigt, gegen Entgelt- oder Rentenbescheid Widerspruch zu erheben, sollte sich unbedingt in seiner TIG über die neuesten Hinweise zur Einlegung von Rechtsmitteln informieren.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß Widersprüche gegen Rentenbescheide nur dann eingelegt werden sollten, wenn der Bescheid sachliche Fehler (z. B. zu Zeiten oder Einkommenshöhen im Versicherungsverlauf) enthält. Wegen

der Kürzungen lt. AAÜG genügt der vorher gegen den Entgeltbescheid erhobene Widerspruch, um seine Rechte zu wahren. Sollte bei Eingang des Rentenbescheides gegen den Entgeltbescheid noch kein Widerspruch erhoben worden sein und die Frist von einem Monat abgelaufen sein, kann man die Aufhebung des Entgeltbescheides nach Paragraph 44 SGB X fordern. Bei diesem Antrag sollte, wie beim Widerspruch, sofort das Ruhen des Antrages beantragt werden.

Dieser Hinweis berührt nicht die Widersprüche wegen der Höherversicherung lt. „ISOR aktuell“ Nr. 7/97.

In einzelnen Fällen werden Rentenbescheide zugestellt, die vorläufigen Charakter tragen, weil zum Zeitpunkt der Errechnung der Rente der BfA der Entgeltbescheid noch nicht vorlag. Ist das der Fall, muß gegen den Rentenbescheid auch nur dann Widerspruch erhoben werden, wenn, wie oben beschrieben, Fehler im Versicherungsverlauf vorliegen.

Für die Arbeit mit Angehörigen rentenfernerer Jahrgänge

Je näher der Rentenbeginn für den einzelnen rückt, um so bedeutungsvoller wird die Frage, in welcher Höhe seine Rente zu erwarten ist. Vor allem für ehemalige Angehörige des MfS ist das von existentieller Bedeutung, da sie noch immer in vollem Umfang den Begrenzungen des AAÜG unterliegen. Vielen wurde

die Möglichkeit verweigert, eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit aufzunehmen. Außerdem wurde häufig die Berufstätigkeit wiederholt von Zeiten erzwungener Arbeitslosigkeit unterbrochen.

Die im Vergleich zu den Verhältnissen der DDR nominell hohen Einkommen haben vielfach Illusionen geweckt. Dies trifft man vor allem unter den Jüngeren an, für die es bis zur Rente noch weit ist. Mancher glaubt, das in den Jahren der Berufstätigkeit nach 1990 erzielte Einkommen würde die Begrenzungen

nach AAÜG zu einem erheblichen Teil wieder ausgleichen.

Leider ist das für viele nicht oder nur in geringem Maße der Fall. Das trifft nur dann zu, wenn ein weit überdurchschnittliches Einkommen über eine lange Zeit erzielt wird und hierfür auch Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden.

Die folgende Übersicht soll helfen, selbst festzustellen, was der bisherige Jahresverdienst in Entgelpunkten und Teilbeträgen der künftigen Rente wert ist:

Was ist der Jahresverdienst in DM (brutto) als Rente wert?

Jahr	BBG*)											
1991	18042	20619	23196	25774	28351	30928	33506	36083	38661	41238	43815	44400
1992	22771	26024	29277	32530	35783	39036	42289	45542	48795	52048	55300	57600
1993	25555	29205	32856	36502	40157	43808	47459	51109	54760	58411	62062	63600
1994	27114	30987	34861	38734	42608	46481	50354	54228	58101	61975	65848	70800
1995	28794	32907	37021	41134	45248	49361	53474	57588	61701	65815	69928	76800
1996	30421	34767	39113	43459	47805	52156	56497	60843	65189	69535	73881	81600
1997	32363	36986	41610	46233	50856	55480	60103	64726	69350	73973	78596	85200

Dem entsprechen für das erzielte Einkommen in dem betreffenden Jahr folgende Entgelpunkte:

EP	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	Ø 1,81
----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	--------

Dem entspricht ein Monatsbetrag der Rente (brutto) bei Zugrundelegen des aktuellen Rentenwertes ab 1. 7. 1997 von:

DM	28,37	32,42	36,47	40,53	44,58	48,63	52,68	56,74	60,79	64,84	68,90	73,35
----	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Die Monatsrente ergibt sich aus der Multiplikation der Summe der jährlich erzielten Entgelpunkte mit dem aktuellen Rentenwert.

*) BBG = Beitragsbemessungsgrenze

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentenrechte und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Lesenswertes

Im GNN-Verlag erschien vor kurzem unter dem Titel „*Der Rechtsstaat und die ungeliebte DDR*“ eine hoch interessante Schrift von Detlef Joseph. Der Autor, bis September 1991 Professor für Rechtstheorie an der Humboldt-Universität Berlin, setzt sich mit den abenteuerlichen politisch-juristischen Verrenkungen der bundesdeutschen Justiz auseinander, mit denen die These vom „Unrechtsstaat DDR“ durch die Gerichte nachgewiesen werden soll. Obwohl die Materie notwendigerweise vom Juristischen dominiert und demzufolge nicht ganz einfach ist, wurde die Schrift so verständlich geschrieben, daß sie fast mit Vergnügen – wenn die ganze Angelegenheit für alle Seiten nicht so traurig und beschämend wäre – gelesen werden kann. Zu ihrem Verstehen ist kein Hochschulabschluß, sondern wacher politischer Verstand erforderlich – und der ist wohl auch bei ISOR-Mitgliedern ausreichend vorhanden.

Mit dieser Schrift führt der Autor den überzeugenden Nachweis, daß

- die Gerichte der Losung des damaligen Justizministers Kinkel aus 1991, daß es der Justiz gelingen müsse, das „SED-Regime zu delegitimieren“ getreulich folgen,
- die Prozesse Ausdruck von Siegerjustiz sind und trotz aller Dementierungen als politische Prozesse geführt werden,
- es sich um ein strategisches Programm der Ausrottung des Sozialismus und seiner Ideen und der Verhinderung ihrer Rückkehr handelt.

Ich empfehle dieses Buch möglichst vielen zur Lektüre, es hilft auch uns, unseren Kindern und Kindeskindern, die 40 Jahre DDR besser zu verstehen und gibt Kraft. Der Buchladenpreis beträgt 24,80 DM, Mitglieder der GRH können es noch preiswerter über ihren Verein beziehen.

Dr. Peter Fricker

Für Computerfreunde

ISOR-Mitglied Gerhard Dittmann aus Hoyerswerda schreibt: „In der Annahme, jüngere ISOR-Mitglieder für die Arbeit in der TIG zu interessieren, möchte ich einen Vorschlag zur Gestaltung eines Kalenders in Excel 5.0 machen, der auch privat genutzt werden kann. In den Kalender können ca. 100 TIG-Mitglieder aufgenommen werden.“

Kalender werden im Handel in den verschiedensten Variationen angeboten. Die jährliche Aktualisierung auf manuelle Art fällt bei der erwähnten Anzahl sehr aufwendig aus. Meines Erachtens gibt es Anwender, die sich für die

Gestaltung eines solchen Kalenders interessieren. Der von mir entwickelte gibt jährlich automatisch die aktualisierten Jubilar-Angaben aus (auch nach dem Jahr 2000). Außerdem gibt er automatisch den Wochentag zum Datum an. Es bedarf lediglich geringer Änderungen, falls ein Datensatz hinzukommt oder wegfällt. Der Ausdruck auf zwei Blättern bietet ein ansprechendes Produkt. In kurzen Formeln kann jeder Nutzer seine individuellen Wünsche einbringen ...

Wenn gewünscht, können im Kalender die verschiedenen Termine aufgenommen werden. So u.a. Eintragungen für unregelmäßige Zahlungsverpflichtungen, Abrechnungen und Beratungen. Es wurde ein Format gewählt, das dem Nutzer relativ vertraut ist und ansprechend aussieht.

Ich nehme an, daß mit einem derartigen Muster die Arbeit des Vorstandes erleichtert werden kann. Die TIG Hoyerswerda arbeitet u.a. jahrelang mit der Liste »Verein.xls«.“

Gerhard Dittmann bietet eine Diskette kostenlos an. Für Interessenten seine Anschrift:

Röntgenstr. 16, 02977 Hoyerswerda
Telefonnummer: 0177 - 2193128

Der Vorstand teilt mit:

1. Am 29. Oktober fand ein Gespräch zwischen dem Bundesgeschäftsführer der Komitees für Gerechtigkeit Dr. Reddig und dem ISOR-Vorsitzenden Horst Parton zu beiderseits interessierenden Fragen statt. Es wurden Arbeitskontakte auf der Ebene der Geschäftsführer vereinbart.
2. Auf seiner Sitzung am 29. Oktober befaßte sich der Vorstand u.a. mit dem Finanzbericht über das 3. Quartal, der Unterstützung des Erfurter Appells, der Vorbereitung der Antidiskriminierungskonferenz des Kuratoriums ostdeutscher Vereine, sowie zur Solidarität mit Inhaftierten und berief Manfred Leistner, Berlin, zum Mitglied des Beirates.

Die Geschäftsstelle teilt mit:

1. Neue Telefonnummern der Geschäftsstelle:
Sekretariat: (030) 29784315
Geschäftsführer (030) 29784316
AG Finanzen (030) 29784317
AG Öffentlichkeitsarbeit und „ISOR aktuell“ (030) 29784318
Fax (030) 29784316

2. Die Geschäftsstelle bleibt vom 24. Dezember 1997 bis 2. Januar 1998 geschlossen. Deshalb finden am 24., 30. und 31. Dezember keine Sprechstunden statt.

Druckfehlerberichtigung

1. Durch einen bedauerlichen Fehler sind die Bildunterschriften der Mitglieder der Revisionskommission Dietrich Kaiser und Karl-Heinz Schwarze verwechselt worden.

2. Der verstorbene Josef Tobisch (ISOR aktuell 10/97) war nicht in Gera, sondern in Bad Salzungen ansässig.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Bodo Abraham, Berlin-Buch
Roland Becker, Neubrandenburg
Leona Bemmie, Woltersdorf
Helmut Bieber, Magdeburg
Edmund Dahn, Frankfurt/Oder
Herbert Dießner, Löbau
Siegfried Dietze, Pirna
Werner Ebertz, Plauen
Wolfgang Fimmel, Hoyerswerda
Helga Groschupf, Chemnitz
Otto Hämmerling, Wittenberge
Werner Haupt, Grimmen
August Herber, Wolgast
Gerhard Hoffmann, Leipzig
Frank Kahle, Löbau
Manfred Kahlisch, Potsdam-Waldstadt
Bodo Kempka, Potsdam-Babelsberg
Heinz Knaak, Greifswald
Elfriede Köhler, Altenburg
Liselotte Krätzschmar, Berlin-Mitte
Gisbert Lakomezyk, Berlin-Hellersdorf
Johanna Müller, Dresden
Alfred Naumer, Leipzig
Horst Nickel, Berlin-Köpenick
Charlotte Parreidt, Berlin-Hohenschönhausen
Karl-Heinz Peters, Zinnowitz
Heinz Rickmann, Berlin-Köpenick
Erich Rößler, Radebeul
Gottlieb Rudolf, Waltershausen
Wilhelm Schmidt, Angermünde und Suhl
Günter Schreiber, Chemnitz
Heinz Simon, Schneeberg
Ingeborg Simon, Sangerhausen
Karl Sömmerr, Berlin-Karlshorst
Ruth Wilke, Borgsdorf

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Öffentlichkeitsarbeit

- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namenlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

o/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!